

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

3.2.1921 (No. 28)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die Tausendmalige Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, mangels freier Freireitung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für triebweise Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Den „Freunden“ der Badischen Regierung gewidmet.

Von Adam Remmele.

Die unabhängige Mannheimer „Tribüne“ veröffentlichte vor einigen Tagen eine auf der Landeshaupthaus durch Vertrauensbruch gefertigte Abschrift über vom Staatsministerium zu Zwecken der Repräsentation gemachte Ausgaben. Daß für diese Zwecke der Landtag einen Hunderttausendmarktfond bewilligt hat, bleibt dabei verschwiegen, wie auch nicht erwähnt wurde, daß es sich bei den Veranlassungen des Staatsministeriums jeweils um die Einladung von etwa 200 führenden Persönlichkeiten aus allen Erwerbsständen handelt. Der Gewerkschaftsvertreter trat hierbei genau ebensogut sein Glas Bier und rauchte seine Zigarre wie der Landwirt oder der Präsident der Handelskammer. Wer von den Gästen sich vorher zu Hause nicht seit ab, der konnte sich mit den dargebrachten Weisheiten nicht fassen. So sieht tatsächlich die „Verschwendung“ aus und die Repräsentation des heutigen Staates.

Der völksparteiliche Mannheimer „Generalanzeiger“ sucht sich anderen Stoff; er legt seinen Lesern die lügenhafte Behauptung vor, der Minister des Innern habe zu seinem eigenen „Lob und Ruhm“ in der „Karlsruher Zeitung“ lange Artikel verbrochen. Getreu nach dem alten Satz: „Verleumdung nur, es bleibt schon etwas hängen!“ wird ohne einen Schattenschein des Beweises diese Behauptung aufgestellt. Dann richtet dasselbe Blatt an den Minister des Innern eine kurze Anfrage, wie sich die Tatsache zusammenreime, daß die Entente in diesen Tagen 20 Milliarden Kriegsschadigung gefordert habe, während man in Baden den Ausnahmestand gegen die Fastnachtsgesellschaften nicht mehr aufgesperrt habe. Wie der Minister „den unzweifelhaftesten Schaden“ abwenden will, der Deutschland aus der Ausschachtung des Karnevalstreibens in Baden erwachse, will das Blatt wissen.

Seit dem Zusammenbruch Deutschlands tanzt die vornehme Welt wie vor dem Krieg auf Hausbällen; die anderen Schichten des Volkes stellen gleichfalls für ähnliche Bewegungsspiele ihre Kontingente. Gleich wie es in Rom beim Untergang geschah. Man tanzt, während oft nebenan im Haus Plünderungen vor sich gehen. Die dem „Generalanzeiger“ nahestehende „vornehme“ Welt treibt ihren Spiel mitten im Sommer gar in Wabeorten.

Als von 14 Tagen der Polizeipräsident von Frankfurt die Abhaltung jeglicher Fastnachtsspiele und Veranstaltungen verbot, erhob hiergegen der Magistrat von Frankfurt vor aller Öffentlichkeit lebhaften Einspruch. In Frankfurt lag sich dieses Jahr das anfänglich erlassene Verbot gegen derartige Veranstaltungen auch nicht halten; man beschränkt sich auf ein Einschreiten gegen das Maskentreiben auf der Straße. So wie in Baden. Auch sonst im Reich läßt sich der in Frage kommende Ausnahmezustand so wenig aufrecht erhalten, wie etwa die Zwangswirtschaft. Höchstens, daß man erlassene Verbote scheinbar Augen überbetreten läßt.

Auf dem großen Berliner Presseball zur Fastnachtzeit erschienen die Vertreter der Reichsregierung. Der Presseverein von Karlsruhe will wohl mit seiner lakonischsten Veranstaltung dem Reich auch keinen „unzweifelhaften Schaden“ zufügen.

Die gegen die Regierung immer nur kritisch urteilende Presse schimpft auf der ersten Seite ihrer Ausgabe auf den Minister, der nicht weiß, was sich paßt. Auf der zweiten Seite aber werden große Reklamotiven für den Besuch karnevalistischer Veranstaltungen abgedruckt, und auf der dritten erscheinen Berichte in den herrlichsten Farben über die Schönheit des von Humor gewürzten karnevalistischen Zeitweidens. Ganz hinten im Blatt kommen die Inserate. Aus dieser allgemeinen Beobachtung heraus kommt es wohl auch, daß Stadträte, Vereinsvorstände und sonstige gewichtige Persönlichkeiten das Ministerium immer wieder bestimmen, für Festabendverlängerung zuzulassen, die es natürlich nicht gibt.

Wenn die für Fastnacht in Deutschland maßgebenden Sitten und Gebräuche auch wieder für die Allgemeinheit zur Geltung kommen, so kann daraus der Franzose keinen für das deutsche Volk nachteiligen Schluß ziehen, schon um desswillen nicht, weil es nicht nur für den Deutschen so etwas wie Affektpsychologie gibt. Von Bedeutung und verhängnisvoll wird dieser Fall nur, weil die rechtsstehende Presse fortwährend Staub macht und politischer Motive wegen einen berechtigten Vorgang zur willkommenen Veranlassung festigster Kritik nimmt.

Der „Generalanzeiger“, die „Bad. Post“ und die „Süddeutsche Zeitung“ haben in dieser Sache die

übergroße Mehrheit des badischen Volkes ebenjowenig hinter sich wie in der Angelegenheit des Fackelzugverbots. Man beachte nur, wie in Willingen Herr Abg. G. R. e. h. e. r für sein Eintreten für die Beseitigung des Verbots öffentliche Belobigung erhielt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ mocht sich darüber, daß bei dem großen Zusammenbruch und späterhin wiederholt auf dem Karlsruher Marktplatz Kommunistenversammlungen stattfanden. Den Minister des Innern macht sie verantwortlich dafür, daß kommunistische Redner vom Balkon des Rathauses aus sprachen. In seinem blinden Haß weiß das Blatt natürlich nicht, wie unmöglich es der Polizeidirektion ist, hiergegen einzuschreiten, solange sich nicht die Stadtverwaltung gegenüber der Benützung des Balkons als Rednertribüne ablehnend verhält. Das gleiche Blatt sagt auch, der Minister habe sich zu unruhigen Zeiten ganze Nächte hindurch von Stabsoffizieren bewachen lassen. Stabsoffiziere waren es nun gerade nicht gewesen, diese Wächter; aber Polizeibeamte, die in schwerer Zeit mehr Gefühl dafür hatten, was sich gehört, als die „Süddeutsche Zeitung“.

Der Fackelzug in Heidelberg soll verboten gewesen sein, teilt die „Süddeutsche Zeitung“ weiterhin mit; das Verbot sei erst in letzter Minute rückgängig gemacht worden. Der Beamte der inneren Verwaltung, welcher dies der „Süddeutschen Zeitung“ gegenüber schwabte, weiß ganz genau, daß es sich bei der ministeriellen Anweisung für das Bezirksamt Heidelberg um den Auftrag handelte, zu prüfen, inwieweit nach den früheren Vorlesungen durch die Veranstaltung des Fackelzugs die Gefahr zu Zusammenstößen mit anderen Bevölkerungsschichten gegeben war. Der hierauf eingekommene Bericht konnte dem Minister erst am 17. Januar vorgelegt werden, weil er die Tage voraus auf der Ernährungsministerkonferenz in Dresden weilte. Wenn für Heidelberg die Notwendigkeit für ein Verbot vorgelegen hätte, so wäre dies, dessen darf sich die „Süddeutsche Zeitung“ bewußt sein, durchgeführt worden, ob das verschiedenen Zeitungen paßt oder nicht.

Alles in allem: Was die in Baden zur Regierung in Opposition stehende Presse zurzeit treibt, gleicht nährlichen Burzelbäumen, denen man mit dem besten Willen keine erste Seite abgewinnen kann. Gewiß ist die allgemeine Lage für Deutschland überaus trübsal. Noch trübsaler ist die Gleichgültigkeit, mit der sich breite Schichten des Volkes über die Not und über die der Nation angetane Schmach hinwegsetzen. Solange aber die gebildeten Schichten des Volkes ihre Fastnachts-Hausbälle nicht unterlassen, lassen sich auch die unteren Kreise des Volkes nicht zur Entfaltung auf ihre allerdings recht fragwürdigen Vergnügen zwingen. Das eine wie das andere mag man aufrichtig bedauern, allein die fortdauernde Ministerarbeit der ganz rechts- und ganz linksorientierten Presse gegen die Staatsautorität trägt an diesem Zustand ein gerüttelt Maß von Schuld. Soll es besser werden und die Vergnügen des Volkes wieder einfacher, dann ist Selbstzucht und Einkehr bei allen Teilen des Volkes nötig.

Während ich die Schlusszeile niederreibe — es ist in der zehnten Abendstunde — schlägt man in einer meiner Amtsstube schräg gegenüber liegenden Studentenkneipe den Zapfhahn ins Faß, wozu eine feuchtschöne Kneipbrüder-schar den bekannten Vers singt:

Vier Ker, oder ich soll um,
Soll das Bier im Keller liegen ...
So ist die Jugend ... und das Leben ...

Der Vaterlandes Not muß die Jugend erst noch erfassen, ehe die Einkehr kommt und ein mit tiefster Erkenntnis ausgestattetes würdige Geschlecht.

An den „Mannheimer Generalanzeiger“

hat der Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

Karlsruhe, 2. Februar 1921.

An die Redaktion des „Generalanzeiger“
Mannheim.

Unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie, zu dem von Ihnen in Nr. 48 vom 29. Januar d. Js. unter der Stichmarke „Adam Remmele und die böse Reaktion“ veröffentlichten Artikel folgende Berichtigung zu bringen:

„Es ist un wahr, daß ich in einem langen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ den Kampf um den Ministerstuhl führte. Un wahr ist weiter, daß ich mich fürchte, wenn die Reaktion mir an den Thron geht, nachdem sie den Kollegen Müder beseitigt habe! Auch ist nicht wahr, daß der fragliche Artikel der „Karlsruher Zeitung“ hinsichtlich seiner Stillsitz auf mich als Urheber schließen lasse. Wahr ist, daß der fragliche Artikel von mir weder geschrieben, noch beeinflusst, noch veranlaßt ist. Wahr ist auch, daß ich es in meinem ganzen Leben niemals nötig hatte, Artikel zu meinem

eigenen Lob zu schreiben und endlich ist wahr, daß der Ton des „Generalanzeiger“, der in seiner Notiz vom „nützbringenden Adam Remmele“ sich zu sprechen erlaubt, zur Genüge zeigt, was Weißes hinter meine Kritiker sind.

Hochachtung
(gez.) Remmele.

* Die nationale Einheitsfront und ihre Gegner.

Abgesehen von den Entgleisungen, auf die auch diesmal die Kommunisten nicht verzichten konnten, haben die beiden Sitzungen, in denen sich der Reichstag mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz beschäftigte, einen würdigen Verlauf genommen. Die Rede des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Simons, hat mit ihrer streng abgemessenen Sachlichkeit und mit ihrer klaren, unzweideutigen Bekundung unseres ablehnenden Standpunktes einen tiefen Eindruck hinterlassen, einen Eindruck, der sich beim Lesen dieser Rede noch verstärkt.

Es war gut, daß Dr. Simons auf alles rhetorische Gepränge verzichtet hat und lediglich die Tatsachen selbst sprechen ließ. Diese Tatsachen sind so, daß sie beachtet werden müssen. Und wenn die französische Presse in ihrer im Laufe der Jahre kaum geringer gewordenen Verblendung diese Tatsachen ignoriert und sich auch über die Äußerungen der öffentlichen Meinung in Deutschland hinwegsetzen zu können glaubt, so wird sie vielleicht doch für einige Sekunden aus ihrer Verblendung erwachen, wenn sie die Presstimmen Amerikas und des neutralen Russlands liest. In diesen Presstimmen werden die Beschlüsse der Pariser Konferenz teils als völlig unausführbar, teils als geradezu unsinnig bezeichnet. Amerika aber wendet sich heute schon gegen eine Steuer auf unsere Ausfuhr, weil dadurch natürlich seine eigenen Interessen empfindlich geschädigt werden. Fügt man nun noch hinzu, daß der größte Teil der italienischen Presse und ein sehr erheblicher Bruchteil der englischen Presse die Pariser Beschlüsse mißbilligen, so ergibt sich ein Gesamtbild, das für die wütenden Stiere in Paris, die den ganzen Porzellanladen der Weltpolitik am liebsten zertrampeln möchten, wenig schmeichelhaft ist.

Was die Haltung des deutschen Volkes anlangt, so ist sie einmütig ablehnend. Man hält es für ausgeschlossen, daß sich eine Regierung finden könnte, die jene Beschlüsse annimmt. Eine Sonderstellung nehmen dabei die Kommunisten ein, insofern, als sie den Moskauer Bolschewismus als den gegebenen Erretter aus den durch die Pariser Konferenz heraufbeschworenen, neuen Komplikationen anpreisen. Wenn unser Volk natürlich nicht daran denkt, diese Anpreisung ernst zu nehmen, so zeigt das Gebahren der Kommunisten doch immerhin, daß sie sich von der Wirkung der Pariser Beschlüsse neue propagandistische Erfolge versprechen. Und wer wollte leugnen, daß sich einzelne schwankende und unzurechnungsfähige Gemüter von dieser Propaganda werden einfangen lassen?! Das ist ja gerade das Verhängnisvolle an jenen Beschlüssen, daß sie bei uns die Neigung zum Extrem verstärken.

Daß die Kommunisten sich gestern im Reichstag ausdrücklich von der Bildung einer nationalen Einheitsfront ausgeschlossen haben, war vorauszusehen. Sie werden also als bewußte Gegner der nationalen Einmütigkeit des Volkes betrachtet werden müssen.

Unbewußte Gegner dieser Einheitsfront sind die „Deutschnationalen“ und die Unabhängigen, die Deutschnationalen, weil sie den Bogen bereits wieder überspannen und die Situation für ihre eigenen, reaktionären Parteizwecke auszuschlachten versuchen, die Unabhängigen, weil sie auch in diesem kritischen Augenblick auf die Opposition nicht verzichten wollen.

Gleichwohl darf festgesetzt werden, daß die Reichsregierung sich annähernd auf die Gesamtheit unseres Volkes stützen kann. Außer den Koalitionsparteien haben Mehrheitssozialdemokraten und „Deutschnationale“ sich hinter die Regierung gestellt; und zwar taten dies die Mehrheitssozialdemokraten ohne jede Einschränkung und ohne jede Überspannung. Was aber die Unabhängigen betrifft, so ist auch von ihnen zu erwarten, daß sie die nationale Einheitsfront jedenfalls nicht durchbrechen und zum mindesten in ihrer Presse volles Verständnis für die furchtbare Lage Deutschlands entwickeln werden.

Mit einer Beilage: 10. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Geschichte des deutschen Volkes ist zurzeit an einem Punkt angelangt, angesichts dessen wir alle empfinden, daß gewissermaßen das Schicksal selbst uns den Zwang zur Einmütigkeit in nationalen Fragen auferlegt. Und so ist die nationale Einheitsfront im Reich und in den „Ländern“ allerdings eine absolute Notwendigkeit.

Diese Einheitsfront erfordert durchaus nicht, daß noch weitere Parteien in die Regierung eintreten. Stellen sich alle Parteien mit klar ausgesprochener Bereitwilligkeit zur Mitarbeit hinter die bestehende Reichsregierung und hinter die Regierungen in den „Ländern“, so ist die Front, die wir gebrauchen, hergestellt. Und was das Reich anlangt, so dürfen wir nach dem Ergebnis der gestrigen Sitzung des Reichstages sagen, daß in der Tat die Herstellung einer solchen Einheitsfront erzielt worden ist.

Aber auch in den „Ländern“ sollte versucht werden, die Gegensätze zu überbrücken und alle Parteien zur Einsicht und zur Besonnenheit zu erziehen. In erster Linie gilt das natürlich für die Parteien der Opposition. Diese Opposition ist als solche im parlamentarischen Staat nicht nur nicht zu umgehen, sondern geradezu notwendig. Aber in so unheilvolleren Zeiten, wie den jetzigen, kommt alles darauf an, in welcher Form sich die Opposition äußert. Auf keinen Fall sollte sie sich in einer Agitation äußern, die offensichtlich auf die Untergrabung der Staatsautorität ausgeht.

Daß die beiden extremen Parteien an einer derartig gefährlichen Kampfmethode Gefallen finden, haben uns auch die letzten Wochen in Baden bewiesen. Und aus dem Gefühl der Abwehr heraus haben wir uns von neuem gegen diese Methode gewandt. Wenn wir im Zusammenhang damit auf die positiven Leistungen der Regierung hinweisen und die Tatsache unterstreichen, daß der Minister des Innern in der Kammer bei allen Regierungsarbeiten gut abgeschnitten hat, so taten wir das wahrlich nicht, um uns in Lobreden zu ergehen, sondern in dem pflichtgemäßen Bestreben, vor der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen und ihr die Dinge so zu zeigen, wie sie wirklich sind.

Da die Opposition jedes Mittel benützt, um der Regierung zu schaden und den einzelnen Ministern Knüttel zwischen die Beine zu werfen, und da die Opposition bei diesem Verfahren auch keineswegs Kampfmittel der Entstellung und der Verleumdung scheut, so ist es allerdings die Pflicht eines Regierungsorgans, wie übrigens die Pflicht eines jeden anständigen Mannes, dafür zu sorgen, daß die Wahrheit zu ihrem Recht kommt. Und die Wahrheit ist nun einmal die, daß der Landtag — gewiß nicht aus sentimentalen Gefühlen, sondern in klarer Erkenntnis der Tatsachen — die Amtstätigkeit des Ministers des Innern gebilligt hat. Und es ist wertvoll für unsere Bevölkerung, diese Tatsache zu wissen und ihre politische Bedeutung zu erkennen; gerade im Hinblick auf die in der Sache und in der Form unbedeutenden, aber übertriebenen Angriffe von Seiten der Opposition.

Wir werden uns an der pflichtmäßigen Darstellung der Wahrheit durch das Schelten vor allem der reaktionären Presse nicht eine Sekunde lang behindern lassen. Wenn aber, um den alten Böswilligkeiten eine neue hinzu zufügen, reaktionäre Blätter behaupten, diese unsere Artikel seien jeweils von dem betreffenden Minister bestellt und inspiriert, so müssen wir derartige Behauptungen mit allem Nachdruck zurückweisen.

Die „Karlsruher Zeitung“ bemüht sich, die Regierungspolitik zu vertreten, sie zu interpretieren und im Kampf gegen Übelwollende zu verteidigen. Selbstverständlich muß der leitende Redakteur dabei über die Grundlinien und Ziele der Regierungspolitik unterrichtet sein. Das ist aber auch alles. Wie er im Einzelnen die Politik der Regierung dann vertritt, ob er es für angezeigt hält, in diesem oder jenem Falle das Wort zu ergreifen oder nicht, das bleibt naturgemäß seinem eigenen Ermessen überlassen. Und wir dürfen hier in aller Öffentlichkeit die Erklärung abgeben, daß, solange der neue Staat besteht, überhaupt noch nicht ein einziger der vom leitenden Redakteur verfaßten Leitartikel von irgend einem Minister unmittelbar inspiriert worden ist. Irgend welche Weisung, diesen oder jenen Artikel in diesem oder jenem Sinne zu schreiben, sind noch nie an den leitenden Redakteur ergangen. Es war das allerdings auch nicht notwendig, weil er alleine gewußt hat, wann und wie er das Wort zu ergreifen hat oder nicht.

Ist dem aber so, so sind jene immer wiederkehrenden Behauptungen, daß die Leitartikel der „Karlsruher Zeitung“ inspirierte oder bestellte oder zum Teil mitverfaßte Artikel des Ministers des Innern seien, untauglich. Und wer sie jetzt noch, nach dieser Klarstellung ausdrückt, der macht sich damit einer bewußten Unwahrheit schuldig. Darüber hinaus aber stört er aufs bedenklichste alle Bestrebungen, die darauf hingingen, unser von außen her gequältes und im Innern zerrissenes Volk zu einer staatspolitisch denkenden, mitarbeitersfreundigen und verantwortungsbereiten Gesamtheit zu erziehen. Und eine nationale Einheitsfront wird nur dann auf die Dauer möglich sein und große Wirkungen ausüben können, wenn diese Erziehung gelungen ist!

Politische Neuigkeiten. Der Reichstag gegen die Pariser Beschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages gaben die Parteien ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz und zu der Erklärung der deutschen Regierung bekannt. Als erster Redner führte Abg. Schiffer (Dem.) aus:

Namens der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafte Beifall.) Mit Schmerz und Empörung, aber auch in vollem Bewußtsein unserer durch den furchtbaren Ernst der Sachlage gegebenen Verantwortung erheben wir feierlichen Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Innern billigen wir. (Lebh. Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen. Aus dem gleichen Geist loyaler Auslegung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen jene Entschlüsse, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen, oder die in ihm gezogenen Grenzen zu unseren Ungunsten überschreiten. (Sehr richtig!) Die Verantwortung dafür, daß durch diese weitgehende Schwächung auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Sehr richtig!) Die Vorschläge, die uns die Alliierten unter Abänderung des Vertrages vorgelegt haben — darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen — sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bilden. Sie würden nicht die Gesundheit des deutschen Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Durch ihre Rückwirkungen, die sie in ökonomischer und finanzieller Beziehung auf alle anderen Völker ausüben, würden sie auch diese in unseren Untergang verstricken. Das deutsche Volk würde als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft ausgeschieden. Aus dieser Lage andere Wege zu weisen, die die deutsche Leistungsfähigkeit nicht vernichten, ist die Absicht der Reichsregierung. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage entsprechender Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die die Welt fruchtbarer Arbeit zuführt. Die Regierung wird uns an ihrer Seite sehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) gab im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt den Ausführungen des Reichsministers des Innern über die Unausführbarkeit der Pariser Beschlüsse zu. (Lebhafte Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafte Beifall.) Sie würde das Vertrauen des Inlandes wie auch des Auslandes verlieren, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Lebhafte Beifall.) Die fränkischen 42 Jahresgebühren würden die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. Die Forderung einer 12prozentigen Abgabe von der gesamten Ausfuhr, ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan sehen im Widerspruch zu dem vom Vertrag von Versailles festgesetzten Modus von 30 Jahren. Die Ausfuhrabgabe würde einen Zwang für die ganze Welt, auf dem deutschen Markt teurer zu kaufen, bedeuten, ferner eine Herabdrückung der Lebensverhältnisse und die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würde der Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt eine untragbare Zwangssacke anlegen. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtet an die Vertreter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiederherstellungsproblem einer praktischen, für alle Welt annehmbaren Lösung entgegenführen. (Lebhafte Beifall.) Die Entwaffnung Deutschlands ist schon so weit gediehen, daß auch für die anderen Länder der Welt kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungslasten weiter zu tragen, die sie jetzt bedrücken. Nur die Gesamtenhaftung wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des wahren Völkerbundes schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterklasse der ganzen Welt ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vögel (D.M.) teilt als Stellung seiner Parteifreunde von der Deutschnationalen Volkspartei u. a. mit: Wir sind durchdrungen von dem großen Ernst der Lage, der durch die Noten der Ententeeregierungen geschaffen ist. Für uns heißt es gegenüber diesen Zumutungen nur: Unannehmbar! (Beifall.) Bei den Ausführungen des Reichsministers des Innern in der Entwaffnungsfrage hätten wir eine klare Stellungnahme und einen entschlosseneren Ton gewünscht. (Beifall rechts.) Die Not der Zeit hat uns gezwungen, im Interesse der Selbsterhaltung Abänderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages zu verlangen. Auch die Entente hat sich bisher dieser Rücksicht auf die Notlage nicht verschließen können. Jetzt läßt die Entente nicht nur alle Rücksichten auf diese Not fallen, sondern geht in ihren Forderungen über den Frieden von Versailles hinaus und nutzt uns ohne jede Verurteilung und Rücksicht weitere Einschränkungen unserer Machtmittel an. In der Frage der Reparationen stimmen wir den sachlichen Ausführungen des Reichsministers zu. Die Folgen der Annahme der sogenannten Propositio der Entente wäre die dauernde Verflüchtung des deutschen Volkes. Diese Vorschläge müssen daher zurückgewiesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltspunkt zu Verhandlungen dienen. Die uns angebotenen Sanktionen gehen noch über die im Versailles Vertrag festgesetzten Maßnahmen hinaus. Wir erheben gegen diese völkerrechtswidrigen, jedem Rechtsgefühl widersprechenden Maßnahmen entschiedenen und feierlichen Einspruch. (Beifall.) Will uns die Entente ihre Forderungen mit Gewaltmitteln aufzwingen, so zerbricht sie mit eigenen Händen den Vertrag und (mit erhobener Stimme) das auch für uns! (Lebhafte Beifall rechts.) Wir sind bereit, hinter jede Regierung uns zu stellen, die gewillt ist, diesen neuen unerhörten Vergewaltigungsversuchen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. (Beifall.) Redner fügt im Auftrage seiner Fraktion der Erklärung noch einige Bemerkungen an: Das deutsche Volk will lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. (Beifall rechts.) Wenn diese Stimmung hier gelte, nicht so zum Ausdruck kommen konnte, so ist es heute Pflicht der Abgeordneten, der Entrüstung des Volkes ihre Stimme zu leihen. Die Gegner müssen wissen, daß über diese uns selbst gezogenen Grenzen hinaus ein Befolgen diffiziler Forderungen nicht in Betracht kommen kann.

Der Redner der U. S. P. Abg. Lebebour erging sich in polemischen Ausführungen gegen die Rechte, die die Schuld an allem trage und deren imperialistische Friedensforderungen gegenüber die jetzigen Forderungen der Entente verständlich erschienen.

Abg. Levi (Kom.) gab eine Erklärung ab, die in dem Ausspruch gipfelte, daß nur Sowjetrußland die große Weltentwende herbeiführen könne. Damit schloß die Rede. Präsident Loebe knüpfte daran eine Ansprache, in der er ausführte: Mögen die Gegner auf das Wort des Reichstages hören, damit ihnen und uns die Taten erspart bleiben, die eintreten können beim Verzuge einer gewalttätigen Durchsetzung dieser unmöglichen Forderungen. (Lebhafte Beifall.) Die Forderungen entspringen vielleicht dem naiven Glauben, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes unerschöpflich bleibe auch bei den größten Desorganisationsleistungen. Das aber, was der Fremde im gut versorgten Lokale findet, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindegliedern 400 kein Brod anhaben, wo die Mutter hungernden Kindern kein Brod mehr geben kann, da zeigt sich das Gesicht des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine warnende Stimme erhoben. Wird es überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch die, die sie hervorgerufen haben. (Lebhafte Beifall im Hause und auf den Tribünen.)

Die Abg. Grispian, Dr. Levi, Wolf Hoffmann und Lebebour erklären unter dem lebhaften Widerspruch der Mehrheit, der Präsident sei nicht berechtigt gewesen, in die Debatte einzugreifen. Die Abg. Müller-Konken und Trimbom erklären dagegen, der Präsident habe nicht die Geschäftsordnung verletzt, sondern er habe damit der Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen. Vom Hause und den Tribünen wird diese Erklärung von lautem Beifall begleitet. (Eine Gegenklärung des Abg. Wolf Hoffmann wird erstickt durch schallendes Gelächter.)

Die Verlesung der bereits in der Presse veröffentlichten Entschlüsse des Bayerischen Landtages gegen die Ententeforderungen wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In dritter Lesung wurde sodann der Etat für 1920 ohne Erörterung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Reichshaushalts beim Titel „Wehrminister“. Der Titel wurde genehmigt mit den dazu gestellten Anträgen. Die Änderung der Militärgerichtsordnung wurde gegen die Linke abgelehnt.

Angenommen wurde u. a. die Anlegung eines Verzeichnisses der vorhandenen Waffen anzufertigen. Beim Titel Marinewesen wurde der kleine Kreuzer gegen die Linke und einzelne Demokraten bewilligt. Weiter genehmigt das Haus das Gesetz über die Übergangswirtschaft sowie in zweiter Lesung die Vorlage über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung. Dem Ausschußbericht entsprechend wurde die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Eichhorn, Lauber und Ernst verweigert. Dann beschloß das Haus die Konstituierung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen den Ernährungsminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe. Nächste Sitzung heute.

Weitere Proteste der Länderparlamente.

Außer dem bairischen und dem bayerischen Landtag protestierten auch die Landesparlamente von Württemberg, Braunschweig und Sachsen sowie die Hamburgische Bürgerchaft in eindringlichen Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse.

Der bayerische Landtag beschloß sich am Dienstag mit den Pariser Beschlüssen. Präsident Wagnbauer erklärte unter lebhaftem Beifall des Hauses, daß, ohne der Reichsregierung und dem Reichstag vorzuziehen zu wollen, von der Reichsregierung und dem Reichstag erwartet werden dürfe, daß das offenbar Unmögliche niemals ausgeführt werden wird. Alle trennenden Schranken im deutschen Volk müßten niedergerissen werden, alle Parteien, alle Stämme in Nord und Süd müßten sich einigen in dem Bestreben, lieber ehrlich unterzugehen, als unehrlich zu verderben. Während der Rede des Präsidenten hatte sich das Haus von seinem Sitz erhoben. — Gemäß einem Beschluß des Ältestenrates wurde darauf die Sitzung geschlossen.

Unterdrückung und Vergewaltigung.

Wie die „Parlamentarische Korrespondenz“ meldet, sprachen sich in der gestrigen Beratung von Vertretern aller österreichischen Länderparteien alle Teilnehmer im Sinne des Salzburger Beschlusses für den Anschluß an das Deutsche Reich aus. Die Volksabstimmung über den freiwilligen Anschluß Deutsch-Österreichs an das deutsche Reich ist, nach einer Meldung aus Wien, von der Ententekommission verboten worden.

Kurze polit. Nachrichten.

Ein nationaler Trauertag. Der Reichstag wird sich noch vor der Ferienpause mit einem Gesetzentwurf zu beschäffigen haben, der die Einführung eines nationalen Trauertages zur Erinnerung an die im Kriege Gefallenen fordert, wie von parlamentarischen Kreisen verlangt, ist beabsichtigt, den ersten Sonntag im März, nicht im Mai, zum nationalen Trauertag zu erklären. In diesem Jahre würde also der Trauertag auf Sonntag, den 6. März fallen.

Ein Sozialisierungsentwurf des Reichspräsidenten. Reichspräsident Ebert hat, nach einer Blättermeldung, gemeinsam mit einem Sachverständigen aus dem Reichswirtschaftsministerium eine eigene Sozialisierungsvorlage ausgearbeitet.

Gegen die Revolutionslegende. In einem Vortrag „Zum Verständnis der deutschen Revolution“ führte der Franziskaner Pater Dr. P. Cajetan Schmitz im Kölner Kolpinghause u. a. folgendes aus: „Revolutionen“ werden nie gemacht, sondern sind immer, freilich viele überraschend, plötzlich ausbrechende Ergebnisse gesellschaftlicher Prozesse. Revolutionen sind die Folgen unterlebener oder halber Reformen. Es liegen auch die Wurzeln der deutschen Revolution 1918 weit zurück in der Vorkriegszeit.“

Lärmsigen im braunschweigischen Landtag. Von der Abstimmung über den Haushaltsplan des Staatsministeriums für das bereits abgelaufene Jahr 1920/21 kam es im braunschweigischen Landtag zu großen Lärmszenen, so daß der Präsident einigen Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Reformkommunisten mehrere Ordnungsrufe erteilte, dann die Sitzung auf 10 Minuten unterbrach und sofort den Ältestenrat des Landtages zusammenrief. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Haushaltsplan des Staatsministeriums gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Abgeordneten angenommen. Die Reformkommunisten stimmten für den Plan und verhinderten mit ihren drei Stimmen den Sturz der Regierung und eine Neuwahl des Landtages.

Zur Neuordnung der Berufsrechtart. In dem Einzel-
ausführungen, die gestern eine Berliner Zeitung auf Grund
von Informationen an maßgebender Stelle über die künftige
Gestaltung des Berufsrechtartikels machte, wird vom
Reichsjustizministerium mitgeteilt, daß die Grundform des
neuen Tarifs noch nicht feststeht, und daß infolgedessen auch
noch nicht angegeben werden kann, innerhalb welcher Grenzen
sich die Anschlußgebühren künftig bewegen dürfen.

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

Im Haushaltsausschuß führte ein Mitglied der Zentrums-
fraktion Beschwerde über die mangelnde Vertretung an
die badischen Brauereien. Ein Regierungsvertreter teilte
mit, daß eine Streckung der Besteuerung durch Verwendung von
Weizen und Mais in Aussicht stehe und daß ein entsprechender
Gesetzentwurf bereits vom Reichsrat angenommen worden ist.
Die Gewährung von Befreiungsbefugnissen an die Beamten im
Rechts- und Steuerwesen zur Erleichterung ihrer schwierigen
wirtschaftlichen Lage wurde vom Ausschuss gebilligt.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des Land-
tags befaßte sich mit dem Gesetzentwurf über die Abänderung
des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof. Der Aus-
schuss stimmte dem Gesetzentwurf zu. Ebenso billigte der
Ausschuss den vom Zentrumsabgeordneten Wilmann
niedergelegten Bericht über die Verordnungen im Justiz-
ausbau über den Gesetzentwurf betr. die Änderung des
Landwirtschaftsministergesetzes.

Holzaußfuhr nach der Schweiz. Mehrere Abgeordnete der
Zentrumsfraktion haben im Landtag folgenden Antrag ein-
gebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu er-
suchen, zu der auf den Kreis Baden bereits erhaltenen Aus-
fuhrerlaubnis von 12000 Festmetern selbsterworbenen Holz-
es eine Ausfuhrerlaubnis von weiteren 18000 Festmetern
zu bewirken, damit die Restschuld der Viehsteigerer Mittel-
badens durch den Holzgewinn vollends getilgt werden kann,
und die weniger leistungsfähigen Steigerer vor dem völligen
wirtschaftlichen Ruin bewahrt werden.

Die Pachtchutzordnung.

PA. Durch Verordnung des Justizministeriums und des
Ministeriums des Innern vom 12. Januar 1921 (Gesetz- und
Verordnungsblatt Seite 13) ist am 19. Januar 1921 nun auch
im Lande Baden eine Pachtchutzordnung in Kraft getreten.
Diese Pachtchutzordnung gilt bis zum 30. Mai 1922. Sie
erstreckt sich auf Grundstücke, die zum Zwecke landwirtschaft-
licher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet
oder verliehen sind oder bei denen sonst die Übertragung des
Genusses der Erzeugnisse gegen Entgelt erfolgt. Es wird da-
bei unter Grundstück auch ein Grundstückteil verstanden, wenn
die Verpachtung nach Parzellen erfolgt ist.

Die Pachtchutzordnung hat eine Stelle geschaffen, welcher
die Befugnis zukommt, die Güter, die sich in den Pachtver-
hältnissen im Lauf der Zeit ergeben haben, auszugleichen.
Diese Stelle ist das Pachtvermittlungsamt. Die Pachtvermitt-
lungsämter können für Grundstücke jeder Größe unter Ausschluß
des Rechtsweges bestimmen, daß Leistungen, die unter den
wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerecht-
fertigt sind, anderweit festgesetzt werden. Grundfällige Ver-
aussetzung für eine solche andere Festsetzung durch die Pacht-
vermittlungsämter ist jedoch, daß sich das Verhalten eines Be-
teiligten entweder als unzureichende Ausbeutung der Kollage,
des Reichthums oder der Unerfahrenheit oder unter Berücksich-
tigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offen-
bar als eine schwere Unbilligkeit darstellt oder daß das Ver-
halten des einen Teils zur Folge hätte, daß der andere
Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät. Während dies gilt
ohne Rücksicht auf die Größe eines Pachtgrundstückes, können
die Pachtvermittlungsämter außerdem für Pachtgrundstücke, wenn
ihre Umfang 36 Ar nicht übersteigt, unter Ausschluß des
Rechtsweges bestimmen,

1. daß Pachtverträge unwirksam werden und daß gekün-
digte Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren fortzuführen
sind;
2. daß ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur
Dauer von 2 Jahren verlängert werden;
3. daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit dann
aufgehoben werden können, wenn der den Pächtern ver-
bleibende landwirtschaftlich benutzbare Besitz die Größe
einer Ackerparzelle übersteigt und die Rückübernahme
erfolgen solle zu dem Zwecke der eigenen Bewirtschaftung
durch den Verpächter. Unter Ackerparzelle wird die
Reinze Land verstanden, die ein Pächter nötig hat, um
den für seinen Haushalt nötigen Jahresbedarf zu bauen.

Bei näherer Betrachtung ergibt sich also, daß man versucht
hat, die Interessen der Verpächter und der Pächter billiger aus-
zugleichen zu lassen. Es ist bei Pachtgrundstücken, die unter
einem badischen Morgen bleiben, ein erheblich wirksamer
Schutz des Pächters geschaffen. Die Gegeninteressen des
Verpächters finden in diesen Fällen eine Wahrung nur dann,
wenn der Pächter genügend eigenes oder Pachtland hat, um
seinen Eigenbedarf zu decken und außerdem der Verpächter
ein verpachtetes Grundstück nicht mehr verpachten, sondern
selbst umtreiben will. Wenn, was in Baden nicht sehr häufig
sein wird, ein Pachtvertrag gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis
enthält, schließt bezüglich dieses Arbeitsverhältnisses die Ent-
scheidung des Pachtvermittlungsamtes eine solche des Schlicht-
ungsausschusses und des Mietvermittlungsamtes aus.

Über das Verfahren bei den Pachtvermittlungsämtern, die bei
den Amtsgerichten gebildet werden, wird noch einiges zu sa-
gen sein.

II.

Die Pachtvermittlungsämter werden bei den Amtsgerichten
gebildet; sie bestehen aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden,
und je einem Verpächter und Pächter als Beisitzern. Zuständig
ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das betreffende Grund-
stück ganz oder zum größten Teil liegt. Die Pachtvermittlungs-
ämter haben in erster Linie auf einen Vergleich hinzuwirken,
sie entscheiden nach billigem Ermessen. Die Entscheidung ist
unanfechtbar. Den persönlichen und sachlichen Aufwand für
die Pachtvermittlungsämter trägt die Staatskasse. Das Verfah-
ren steht Gebühren und Ertrag der Auslagen vor. Das Verfah-
rensamt bestimmt die Höhe der Gebühr, die das dreifache
der vollen Gebühr des § 8 des Reichsgerichtskostengesetzes
nicht übersteigen soll, fest; die Auslagen sind und bezeichnet
die zahlungspflichtige Partei. Wenn besondere Billigkeits-
gründe vorliegen, können die Gebühren niedriger festgesetzt
werden. Der Streitwert wird nach § 3 der Zivilprozessordnung
nach freiem Ermessen festgesetzt. Auf die Erhebung der Ge-
bühren und Auslagen finden die Vorschriften über die Er-
hebung der Gerichtskosten entsprechende Anwendung. Die
Parteien können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen;
die Vollmacht muß schriftlich erteilt werden. Das Pachtver-

mittlungsamt kann den Mangel der Vollmacht unberücksichtigt
lassen. Die Parteien sind, auch wenn sie durch Bevollmäch-
tigte vertreten werden, zum persönlichen Erscheinen verpflichtet.
Der Vorsitzende des Pachtvermittlungsamtes kann abwei-
chende Anordnungen treffen. Sind Parteien oder ihre Ver-
treter trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen, kann gleich-
wohl in der Sache verhandelt und entschieden werden. Im
übrigen werden auf das Verfahren vor den Pachtvermittlungs-
ämtern die Bestimmungen der Anordnung für das Verfahren
vor den (Miet-) Vermittlungsämtern vom 21. September 1918
(MBl. S. 1145) entsprechend angewendet. Auf den Grund-
besitz des Reiches und der Länder finden die Bestimmungen
dieser Verordnung keine Anwendung.

Den Pachtvermittlungsämtern fällt eine verantwortungsvolle
Aufgabe zu. Aber auch die Kreise der Verpächter und Päch-
ter mögen sich bewußt sein, daß es nun nicht gilt, jeden Pacht-
vertrag vor das Pachtvermittlungsamt zu bringen, sondern daß
sie selbst bei aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten in er-
ster Linie unter sich auf eine gütliche Vereinbarung hinarbei-
ten sollen. Bei allem Verständnis für die vielfach mißliche
Lage der Verpächter, besonders soweit sie den Kreisen der
Kleinrentner, Kriegervitwen, Geistlichen usw. angehören, ist
zu hoffen, daß bei uns in Baden nicht die anderwärts be-
obachtete Erscheinung auftritt, daß etwa die Verpächter nun-
mehr an ihre Pächter mit unbilligen Forderungen hinsichtlich
der Höhe des Pachtzinses oder sonstiger Leistungen herantre-
ten. In solchen Fällen würde der kleine, wirtschaftlich
schwache Pächter vollen Schutz des Pachtvermittlungsamtes
finden. Unangenehme Pachtforderungen müßten schon im Hin-
blick auf ihre Wirkung auf die Grundstückspreise und die
Steigerung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel ver-
mieden werden. Andererseits werden ja auch die Pächter
nicht verkennen, daß die Verpächter im allgemeinen mit den
Pachtpreisen der Vorkriegszeit nicht mehr bestehen können.

Zur Beletzung des Arbeitsministeriums

schreibt der „Volkfreund“:
„Stabtrat Dr. Engler hat sich nunmehr bereit erklärt, das
Amt des Arbeitsministers anzunehmen. Die Wahl wird in
einer der nächsten Landtagsversammlungen vorgenommen werden.“

Die Falschungsvergnügungen 1921.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:
P.A. Im Hinblick auf die durch die ungeheuerlichen Be-
schlüsse der Pariser Konferenz geschaffene ernste Zeilage hat
das badische Ministerium des Innern alle larnevalistischen
Aufzüge, Verkleidungen jeder Art, das Tragen von Masken,
und larnevalistischen Abzügen auf allen öffentlichen Straßen
und Plätzen auch für dieses Jahr untersagt. Es ist an-
zunehmen, daß der gesunde Sinn der badischen Bevölkerung
dieser Maßnahme volles Verständnis entgegenbringt. In der
Tat sind die außenpolitischen Vorgänge der letzten Tage so
niederdrückend, daß ein öffentliches larnevalistisches Treiben
nicht nur verkehrt auf weite Kreise des Volkes wirken muß,
sondern auch im Ausland von schmerzlicher Wirkung sein würde.
Die Bezirksämter sind angewiesen, dieses Verbot aufs strengste
durchzuführen.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 1. Febr. In Brezgen ist wieder eine nach
der Schweiz bestimmte Willkommensfeier angekündigt worden.
Ein Zollinspektor soll in die Schiebung verwickelt sein.

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.

Der am Sonntag in Offenburg versammelte. Zunächst beschloß
die zahlreich besuchte Versammlung, die diesjährige ordent-
liche Landesversammlung Samstag, den 7. und Sonntag, den
8. Mai in Freiburg abzuhalten. Für die Ausgestaltung der
Tagesordnung dieses Parteitags wurde eine Reihe von Wün-
schen geäußert.

Dann gab Reichs- und Landtagsabg. Dietrich zur Einlei-
tung der politischen Aussprache einen Bericht über die Lage
im Reich. Der Redner betonte sich einleitend über die
außerordentlich schwierige außenpolitische Lage, die auch für
die Lage im Innern bestimmend sei. Über die politische Lage
im Innern führte der Redner, wie die „Bad. Pol. Kor.“ be-
richtet, u. a. aus: Bei der jetzigen Arbeitsweise ist der Reichs-
tag überhaupt nicht alltagsfähig. Die Zahl der Abgeord-
neten, die wirklich arbeiten, ist sehr gering, dafür ist die Zahl
derjenigen, die mit großen Reden den Leuten Sand in die
Augen zu streuen versuchen, sehr groß. Die deutsch-demokra-
tische Fraktion hat durch den Antrag Schiffer auf Änderung
der Geschäftsordnung versucht, hier Wandel zu schaffen. Es
muß auch gesagt werden, daß der Kon. der vertriebenlich im
Reichstag angeschlagen wurde, des Parlaments eines Kultur-
volkes unwürdig ist. Die Lage der Regierung ist vor allen
Dingen deshalb schwierig, weil sie keine Mehrheit im Reichs-
tag hinter sich hat. Da die Frage einer Gefundung unserer
Reichsfinanzämter in erster Linie eine wirtschaftliche ist, müßten
Reichsfinanzminister u. Reichswirtschaftsminister besser
zusammenarbeiten, als das heute der Fall ist. Das Reichswehr
ist heute gut diszipliniert und instande, seinen Aufgaben zu
genügen, sofern diese seine geringe zahlenmäßige Stärke nicht
übersteigen. Das ist das Verdienst des Reichswehrministers
Göller, der unendliche Schwierigkeiten zu überwinden hatte.
Die Steuerpolitik des Reiches krankt daran, daß zu viele
Steuererlasse gemacht wurden, die man dazu auch noch immer
wider abändert, statt daß man wenig Steuererlasse macht,
diese dann aber auch wirklich durchführt. Es muß überhaupt
mit der Reproduktion an Gesetzen und Verordnungen Schluss
gemacht werden. Der Staat muß auf das Maß von Tätigkeit
sich beschränken, das er auch tatsächlich bewältigen kann. Von
ausgehender Bedeutung für die innere Politik des Rei-
ches werden die preussischen Landtagswahlen sein. Würden
die Mittelgruppen stark geschwächt werden, so wäre das, wie
immer in unruhigen Zeitaltern, ein nationales Unglück. Ge-
stürzt auf starke Mittelparteien muß im Reich eine wirklich
zielbewusste, gemäßigte Fortschrittspolitik getrieben werden,
die sich energisch der großen Lebensfragen unseres Volkes an-
nimmt. Das ist die einzige Möglichkeit für uns, wieder vor-
wärts zu kommen.

Über die Lage in Baden referierte der Parteivorstand,
Minister Hummel. Die Lage im Lande, so sagte u. a. der
Redner, ist eine wesentlich andere, als im Reich. Es ist im
Laufe des letzten Jahres von Regierung und Volksvertretung
eine erhebliche Arbeit geleistet worden. Die Grundlagen un-
serer Finanzpolitik sind durchaus gesund. Bei beiden Boten-
schaften, die der Landtag verabschiedet hat, ist es gelungen,
den Etat zu balancieren. Die deutsch-demokr. Landtagsfrac-
tion und ihr Vorsitzender, Abg. Dr. Hodner, dürfen mit Ge-
nehmigung auf ihre Mitarbeit in der badischen Politik des letz-
ten Jahres zurückblicken. Durch ein Mitglied der deutsch-
demokr. Fraktion — Abg. Oberwald — ist auch die Sagen-
schicht-Angelegenheit ins Rollen gekommen. Das Urteil über

die Siedlungs- und Landbank und ihre Geschäfte kann nun
fallen: Eine gute Sache hat sich in sehr schlechten Händen be-
funden. Bei den Aufgaben auf dem Gebiete der Wasserwirt-
schaft und der Elektrizitätswirtschaft handelt es sich geradezu
um Lebensfragen für Baden und ganz Südwestdeutschland.
Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit muß in der nächsten
Zeit mehr als bisher auf diese Dinge richtiger und positiver
Politik gerichtet werden. Die Frage einer Vereinigung von
Württemberg und Baden ist noch wenig geklärt. Schon jetzt
stellt es sich aber als dringende Notwendigkeit heraus, eine
Verständigung zwischen den beiden Ländern in allen Fragen
herbeizuführen, in denen es sich um Verhandlungen mit dem
Reiche handelt. Der Redner besprach sodann die organisato-
rischen und agitatorischen Aufgaben der Partei und schloß mit
einem Ausblick auf die Landtagswahlen im kommenden Herbst
dieses Jahres.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde ein Antrag, der der
Parteilition, der Landtagsfraktion und den Regierungsmit-
gliedern der Partei dankt und ihnen das Vertrauen des Lan-
desauschusses ausdrückt, einstimmig angenommen.

Die „Sozialisierung der Gemüter“.

Bei der Reichsgründungsfeier der Zentrumsparlei in
Stuttgart hielt der badische Landtagsabgeordnete Geistl. Rat
Dr. Schofer eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Und der „große Sozialisierungsgebäude“? Ich frage jeden
zuerst: Was versteht du unter Sozialisieren? Ich meine
die Gemüter sozialisieren, hat keinen Wert, wenn die Men-
schen nicht sozial sind. Erst die Sozialisierung der Gemüter,
mit anderen Worten: Wir müssen das Vaterland ins prak-
tische Leben überlegen. Nicht im Diesseits unser Ziel suchen,
sondern im Jenseits. Unsern Herzog als unsern Vater an-
sehen, seine Gebote halten, und wir, seine Kinder, uns lieben
wie Brüder und Schwestern. Wenn wir das machen, dann ist
schon viel sozialisiert, und dann sind die Sozialisierungsgebäude
bald fertig, und die Ausführungsbestimmungen kann sich der
Sozialminister schenken. Wie ist es denn jetzt? Die gegen-
wärtige „Ordnung“ ist folgende: Erst die Selbstaristokratie,
dann die Aristokratie, zuletzt die Geistesaristokratie.
Darum schimpfen auch unsere Akademiker, mit Recht. Aber
mit dem Schimpfen wird es nicht besser. Soll es besser wer-
den, müssen die Herren Akademiker mitmachen. Diese erste
Frage geht aber auch die Arbeiter und den Mittelstand an,
sollen wir nicht zum geistigen Kullium herabsinken und unter
den Nationen unseren Einfluß verlieren. Ich fürchte nur die
eine große Gefahr: Es würde es tief bedauern, wenn es der
mammonistische Kapitalismus fertig brächte, in unserem Zen-
trum in irgend einem Teil, etwa in der Presse, Fuß zu
fassen.“

Arbeitsgemeinschaft süddeutscher land- u. forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände.

LPD. Die süddeutschen land- und forstwirtschaftlichen Ar-
beitgeberverbände (Bayern einschl. der Rheinpfalz, Württem-
berg, Baden und Hessen) haben in gemeinsamer Tagung zu
Stuttgart eine gründliche Aussprache über die Arbeitsver-
hältnisse in der Landwirtschaft gepflogen. Einstimmig wurde
beschlossen, daß die land- und forstwirtschaftl. Arbeitgeber-
verbände eine Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Land- und for-
stwirtschaftl. Arbeitgeberverbände bilden. Der Vorort dieser
Arbeitsgemeinschaft ist der Landesverband der land- und for-
stwirtschaftl. Arbeitgebervereinigungen Bayerns. Auf der
Tagung wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, darunter ein
solcher, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände zu
land- und forstwirtschaftl. Arbeitgeberverbänden unter Ein-
beziehung der privaten und staatlichen Forsten ausgebaut
werden. Ferner sollen die Arbeitgeberverbände sich auch auf
die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausdehnen und vor
allem sollen die Gärtnereien, Käfereien, Molkereien und Torf-
werke einbezogen werden.

Ein weiterer Beschluß befaßte sich mit der Arbeitszeit. Die
Tagung betonte, daß bei einer künftigen Regelung eine Er-
höhung der Arbeitszeit eintreten müsse und daß die Dienst-
botenartikelle keine Bestimmung über die Arbeitszeit enthalten
dürfen. Die Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Neben-
betrieben und ländlichen Gewerbebetrieben soll den natür-
lichen Bedürfnissen entsprechend wie die Arbeitszeit in der
Landwirtschaft geregelt werden. Der jetzt vorliegende Ent-
wurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeit-
er sei für die Landwirtschaft unannehmbar.

Ein weiterer Beschluß sprach sich dahin aus, daß Kranken-
und Invalidengeld und sonstige reichs- und landesgesetzliche
Leistungen den landwirtschaftl. Arbeitern und Dienstboten nach
den gesetzlichen Bestimmungen anzurechnen seien. Schließ-
lich wurde noch die Einrichtung von Spruchämtern für
Land- und Forstwirtschaft bei den Schlichtungsausschüssen,
dort wo sie noch nicht bestehen, als notwendig bezeichnet.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahn-Verkehrshemmer.

Passau Ort und Übergang für alle Wagenladungen ohne
jede Ausnahme gesperrt.

Annahmehemmer für Frachtwagenladungen nach Stationen
der Strecke Rölln-Ehrenfeld-Aachen-Rotz.
Erbe und der Seitenstrecken ist aufgehoben.

LPD. Mannheim, 1. Febr. Die 70 Frauenvereine um-
fassende Organisation des Mannheimer Vereinsverbandes hielt
einen Frauenkongress für Sittlichkeitsfragen ab, auf dem Dr.
Dresel-Heidelberg, Reichstagsabg. Paula Müller-Ottfried
(Hannover), Reichstagsabg. Frau Dr. R. E. Rübner-Berlin,
Polizeiaufsichtsinstr. Frä. Jäger-Allen und Landtagsabg. Frau
Klara Siebert-Karlsruhe, die verschiedenen Sittlichkeitsfragen
behandelten. Es wurde einstimmig eine Entschließung
angenommen, in der die Abschaffung der Reglementierung der
Prostitution verlangt und die Umwandlung der polizeilichen
Reglementierung in sanitätsfürsorgliche Maßnahmen ver-
langt wird. Bei den Geschlechtskrankheiten wird die allgemein
diskrete Anzeigepflicht an ein zur Berühmtheit verpflichtetes
Gesundheitsamt gefordert. Das Gesetz dürfe keinesfalls
den Charakter eines Klaffensches tragen. Schließlich wird
die Einrichtung von Pflegeämtern unter weiblicher Leitung
für die sittliche gefährdeten Frauen und Mädchen angeregt.

LPD. Bruchsal, 1. Febr. Aus dem hiesigen Bahnhofs-
gebäude sind sechs Wertpakete im Wert von zusammen 43 800 M.
und ein mit 1200 Mk. versichertes Paket gestohlen worden.

LPD. Bruchsal, 2. Febr. Aus Anlaß des Ablebens des
Ehrenbürgers unserer Stadt, des Reichshofrats Dr. Friedrich
Zustus Knecht, hielt der Stadtrat eine außerordentliche Sit-
zung ab. Bürgermeister Mehner widmete dem Verbliebenen
einen Nachruf und der Stadtrat beschloß, zu dem Leichenbe-
gängen die Kirchenfürsten eine Abordnung, bestehend aus
dem Bürgermeister und vier Stadträten, nach Freiburg zu
entsenden.

LPD. Mosbach, 1. Febr. Der Bürgerausschuß beschloß den
Ankauf der Apotheke zum Preis von 585 000 M. Die Frage
ob in die Apotheke ein Verwalter oder Pächter eingesetzt wird,
soll später entschieden werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Dem Bürgerausschuß sind eine Anzahl neuer Vorlagen zu-
gegangen, deren eine die Übernahme der Bürgerschaft für das
aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Gemeinnützigen
Beschäftigungsjahre G. m. b. H. in Aussicht gestellte Dar-
lehen von 200 000 M. betrifft. Bei den weiteren Vorlagen
handelt es sich u. a. um die Bewilligung von weiteren
200 000 M. zur Bestreitung der Kosten für die Auffüllung
von Gelände (Erwerbslosenfürsorge), um Übernahme der
Bürgerschaft der Stadtgemeinde Karlsruhe für seitens der „Ge-
meinnützigen Mieter- und Handwerker-Vereinsvereine“ in
Karlsruhe aufzunehmende Hypotheken-Darlehen im Betrage
von 250 000 M., bei Verzinsung von 172 800 M. mit 4 1/2 Proz.
und von 86 400 M. mit 4 1/2 Proz. und 1 Proz. Tilgung, und um
die Erhöhung des Feuerungsbeitrags zum Grundbesitz und
Ortszuschlag sowie zu den Kinderaufschlägen der städtischen
Beamten (einschl. der Aushilfsangestellten) und Gleichstellung
der außerplanmäßigen Beamten mit den planmäßigen hin-
sichtlich des Ortszuschlags. Hierbei handelt es sich um eine
Neufestsetzung dieser Zuschläge mit einem Mehrertrag von
1 500 000 M.

Landestheater. Man schreibt uns aus der Theaterkanzlei:
Der lyrische Bariton Rudolf Kersch vom Stadttheater in
Freiburg i. B. und der Heldentenor Willy Bilten vom Freie-
richtheater in Dessau wurden auf Grund der kürzlich abge-
legten Probegastspiele endgültig für das Landestheater ver-
pflichtet.

Landestheater. In der morgigen Vorstellung von Wagners
„Tristan und Isolde“ singt Frau Ernestine Harber-Strasser
vom Nationaltheater in München die Partie der Brangäne
als Gast.

Zeitschriftenchau.

Das 4. Heft des „Anstwarts“ (Januar 1921) erfreut zu-
nächst einmal durch den großen Reichtum seiner Kunstbe-
lagen. Ein kleiner Farbdruck von Helene Altman „Die
grüne Flocke“, leitet das Heft ein und ein Tiefdruck nach
Hans Eggmann „Der Reich“, beschließt es. Weiter schmücken
zwei Schallplatten aus dem „Gretchenkalender“, von Werner
Dreves und Erich Wertheburger das Heft und eine lustige
Illustration des Kinderbuchzeichners Arthur Naaham, der
„die leichte Hand, die lustige Laune und doch das klare Zei-
chen hat“. Die große rotenbeilage gibt eine Probe aus
G. Schieders „Der Scharlachrote Mume“ mit Gefangs-
stimme. Die Reihe der Aufsätze eröffnet ein Letter von
Ferdinand Avenarius, „Dem Geiste die Macht“, der von der
Befreiung des Geistes vom Geschäft und Kapital die große
Menschheits-Revolution erhofft. „Hoffenswert, weil wir nicht
hassen!“ überschreibt Paul Katorp eine Betrachtung über an-
dere Verhältnisse bei der Entzweiung. Zum 10. Geburtstag von
Anna Croissant-Kuhl gibt W. Schumann einen Aufsatz zu der
wiedergegebenen Erzählung „Der Federbuschhändler“. Hans
Schmidinger plaudert über „Deutsche Inschriften“, Hermann
Sörgel betrachtet sachkundig die Mängel im städtischen Woh-
nungswesen und Gustav Brandes spricht über „Unsre Heimat
im Zoo“. Die familiäre Wiedergabe eines Briefes von
Nietzsche an den Herausgeber mit einer eingehenden Erläu-
terung aus dessen Feder beschließt den ersten Teil des Heftes.
Die Rundschau enthält neben Kunstbetrachtungen, politischen
und wirtschaftlichen Glossen einen großen Brief von Troeltsch
über „Die geistige Revolution“ und eine wichtige Betrachtung
von Avenarius: „Die an der Zeitung leiden“.

Verchiedenes.

* Prof. Georg Schilling 7. Nach dem „Lokalanzeiger“ ist
der Zoologe und Afrikaforscher Prof. G. Schilling am
Samstagabend einem Herzschlag erlegen.

Staatsanzeiger.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unter
dem 26. Januar d. J. den Zeichenlehrer Rudolf Rang vom
Gymnasium in Bruchsal in gleicher Eigenschaft an jenes in
Karlsruhe und den Zeichenlehrer Friedrich Schneider von der
Höheren Mädchenschule in Offenburg in gleicher Eigenschaft
an das Gymnasium in Bruchsal berufen.

Festtagsvergnügen betr.

Im Hinblick auf die erste Zeitlage werden auf Grund der
§§ 30, 63 Pol.-Str.-G.B. 300 Biff. 11 R.-Str.-G.B. für die dies-
jährige Festzeit die Veranstaltung von Aufzügen, das
Tragen von Masken, Verkleidungen oder karnevalistischen Ab-
zeichen auf öffentlichen Straßen und Plätzen unterjagt.
Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M.
oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. Auch ist neben der
Beitrafung Festnahme durch die Polizeibeamten zu gewärti-
gen.

Karlsruhe, den 3. Februar 1921.

Ministerium des Innern.
Remmelé.

Braun.

Preiswertes Angebot

in schwarzen, weißen und farbigen

Kleiderstoffen

für Konfirmation
und Kommunion

Cheviot reine Wolle, 90 cm breit . . . Mtr.	Mk. 49.—	Woll-Crêpe viele Farben 90 cm breit Mtr.	Mk. 59.—
Cheviot verschiedene Farben 105 cm breit Mtr.	Mk. 68.—	Woll-Batist 95 cm breit Mtr.	Mk. 78.—
Cheviot für Knaben - Anzüge 140 cm breit Mtr.	Mk. 75.—	Popeline 110 cm breit schwarz und farbig . Mtr.	Mk. 110.—

Konfirmanten-Wäsche f. Knaben u. Mädchen

Eine große Anzahl

RESTE

in Kleiderstoffen und Baumwollwaren
besonders billig

W. Boländer

Kaiserstraße 121

Ämtliche Bekanntmachung. Bekämpfung der Fastnachtsausreitungen.

Von einem allgemeinen Verbot von Fastnachtsver-
anstaltungen ist für das Jahr 1921 abgesehen worden.
Zum Schutze des Publikums sowie zur Aufrechter-
haltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicher-
heit werden für Fastnacht 1921 aufgrund der §§ 30,
59 Pol.-Str.-Ges.-Buch folgende

Anordnungen

1. Umzüge, insbesondere von Karnevalsvereinen
und Vereinen sind verboten.
2. Am Fastnacht-Sonntag, Montag und Dienstag
ist das Tragen von Gesichtsmasken auf öffentlichen
Straßen, Plätzen und in öffentlichen Wirtschaften all-
gemein ohne Unterschied des Alters verboten. Ferner
ist verboten, das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zu
bemalen oder zu verummieren.
3. Maskenbettel auf den Straßen, in den Wirt-
schaften und Kaufhäusern ist verboten.
4. Belästigungen der Passanten, insbesondere der
Frauen haben zu unterbleiben. Masken, welche Aus-
schreitungen begehren, insbesondere sich unanständig
gegen Frauen benehmen, oder sonst gegen die gute
Sitte verstoßen, werden durch die Schutzmannschaft
nach den Polizeivorschriften abgeführt und zum Ablegen
des Maskenanzugs angehalten.
5. Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern, das
Werfen von Konfetti und von Knallerbsen auf öffent-
lichen Straßen, Plätzen und in Wirtschaften ist ver-
boten.
6. In Wirtschaften ist das Behängen der Be-
leuchtungskörper mit Papiergirlanden (Papierfahnen)
und das Werfen von solchen verboten.
7. Das Behängen der Quer- und Stromleitungs-
drähte der elektrischen Straßenbahn mit Papiergirlanden
und dergleichen Gegenständen ist verboten.
8. Musikvereine, welche auf den Straßen
herum oder von Wirtschaft zu Wirtschaft ziehen und
für die Musikdarbietungen Geld ein sammeln, oder auf
andere Weise — so durch Verkauf von Programmen
und Liedertexten — ein Entgelt erhalten, bedürfen
einer Erlaubnis des Bezirksamts — Polizeidirektion —
gemäß § 33 Gewerbeordnung. Diese Erlaubnis wird
nur für Fastnacht-Sonntag und Fastnacht-Dienstag
mit der Beschränkung erteilt werden, daß das Musi-
zieren auf den Straßen um 9 Uhr, in den Wirtschaften
um 11 Uhr einzustellen ist. Der schriftliche Bescheid
ist mitzuführen, wenn Beanstandungen bei der Kon-
trolle durch die Schutzmannschaft vermieden werden
sollen. Die Verteiler von Programmen und sonstigen
Druckschriften bedürfen außerdem des in § 43 Gewerbe-
ordnung vorgeschriebenen Legitimationszeichens.

Wer die vorstehenden Anordnungen nicht befolgt,
wird nach den einschlägigen §§ des Reichsstrafgesetzbuchs,
des Polizeistrafgesetzbuchs und der Straßenpoli-
zeiordnung empfindlich bestraft werden, und zwar mit
Geldstrafe nicht unter hundert Mark. Bei offenem oder
verschleiertem Bettel wird unter allen Umständen Haft-
strafe verhängt werden. Die Beamten der Polizei sind
beauftragt, Zuwiderhandlungen nicht nur anzugehen,
sondern auch zur Wache und nötigenfalls in den Vor-
arrest zu verbringen. Unanständige und betrunken
Masken werden von Straßen und öffentlichen Plätzen
unmittelbar entfernt werden. Mit besonderem Nach-
druck verweisen wir auf die strafrechtlichen Folgen
eines Widerstandes: Gefängnis bis zu zwei Jahren.

Karlsruhe, den 1. Februar 1921.
Bezirksamt. — Polizeidirektion

Termin zur Abnahme der
Schulrechnung, zur Ge-
hebung von Einwendungen
gegen das Schulverzeich-
nis und zur Beschlußfassung
der Gläubiger über die
nicht verwertbaren Vermögens-
gegenstände und über die
Vergütung der Mitglieder
des Gläubigerausschusses
auf Dienstag, den 1. März
1921, vorm. 9 Uhr, vor dem
Amtsgericht hier, Zimmer
23, bestimmt.

Heidelberg, 1. Febr. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts 3.

B.710. Forzheim. Im
Konkursverfahren über den
Nachlaß des Badermeisters
Gustav Seemann in Forz-
heim soll das Hausgrund-
stück „Kaiserfriedrichstr. 77“
hieriger Stadt veräußert
werden. Zur Anhörung
der Gläubigerversammlung
hierüber ist Termin be-
stimmt auf:
Freitag, 18. Februar 1921,
vorm. 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hier,
Zimmer Nr. 18.
Forzheim, 31. Jan. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts 4.

B.725.21 Heidelberg. Die
Dipl. Ing. A. Kreny Ehe-
frau Rosa geb. Wirtel in
Baden-Baden hat beantragt,
ihren Vater, den verstorbenen
Kaufmann Friedrich
Wirtel, geboren am 1. März
1856 in Grafenaußen, Wd.,
zuletzt wohnhaft in Heidel-
berg für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verstorlene
wird aufgefordert, sich
spätestens in dem auf Frei-
tag, den 16. September 1921,
vormittags 9 Uhr, vor dem
Amtsgericht Heidelberg,
Zimmer 15 anberaumten
Aufgebotstermine zu mel-
den, widrigenfalls die To-
deserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft
über Leben oder Tod des
Verstorlenen zu erteilen
vermögen, ergeht die Auf-
forderung, spätestens im
Aufgebotstermine dem Ge-
richt Anzeige zu machen.
Heidelberg, 25. Jan. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts 5.

Verchiedene Bekanntmachungen.

I. Nadelholzstangen- Versteigerung.

des Bad. Forstamtes Forz-
heim am Montag, den 14.
Februar d. J., früh 10 Uhr
beginnend, auf dem See-
haus im Hagenschieß aus
dem Staatswaldbezirk L.
„Hagenschieß“ Abt. 33, 61,
68 u. 70: etwa 3000 Stück
Baustangen, 2100 Spalten-
stangen und 500 Fleb- und
Fohnensteden. B.723.21
Vorzeigen des Holz-
und Lignenauszüge gegen
Ersatz der Schreibgebühren
durch die Forstwärte Kren-
mer und Ficht. Seehaus,
Post Würm.

Jung., fleißiges Ehepaar,
m. 1 Kind, sucht Stellung
auf größerem Gut, oder
kleines Gut selbständig
zu bewirtschaften. Off.
unter J. 879 an die Expe-
dition der Karlsruher Zei-
tung erbeten. 21

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B.700.22 Karlsruhe. Der
Rechtsanwalt Dr. Alfred
Kahn in Karlsruhe als
Nachlasspfleger für den
Nachlaß der Alois Schreiber
Witwe in Karlsruhe hat
beantragt, die verstorlene
Emma Margareta Kreszentia
Marek, geb. 5. Juli 1866
in Karlsruhe, zuletzt wohn-
haft an unbekanntem Or-
ten, für tot zu erklären.
Die bezeichnete Verstorlene
wird aufgefordert, sich
spätestens in dem auf

B.724. Heidelberg. Im
Konkursverfahren über
den Nachlaß des hiesigen
Philipp Kaufmann hier ist

Expres-Begleitadressen

(Eisenbahn-Basketkarten)

Frachtbriefe Güterfrachtbriefe

in neuester Fassung
liefert billig, bei größerem Bedarf
— mit Preisermäßigung —

G. Braunsche Hofbuchdruckerei
in Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.
(Schalterraum).

Freitag, den 4. Februar 1921:

Landestheater. **Konzerthaus.**
Tristan und Isolde **Volkshöhle L 2**
5 1/2, bis geg. 10 Uhr-M. 17.— **Pension Schöller**
7 bis 9 Uhr.

Karlsruher Brauereigesellschaft
vormals R. Schrempf & A. Prinz, Karlsruhe.

Bekanntmachung.
Unsere einunddreißigste ordentliche Ge-
neralversammlung findet am **Dienstag, den**
22. Februar 1921, nachmittags 4 Uhr, im Haus
Waldstraße 16/18, Saal III, dahier statt, wozu wir
die Herren Aktionäre hiermit ergebenst einladen.

- Tagesordnung**
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates
über die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1919/20.
 2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Ver-
lust-Rechnung.
 3. Entloftung des Vorstandes und des Aufsicht-
rates.
 4. Bestimmung über die Verwendung des Rein-
gewinns.
 5. Neuwahl des Aufsichtsrates.

Diejenigen Aktionäre, welche an der General-
versammlung teilnehmen wollen, werden wegen Beschaffung
von Eintrittskarten auf § 13 des Statuts aufmerksam
gemacht. J.894

Karlsruhe, den 1. Februar 1921.
Karlsruher Brauereigesellschaft
vormals R. Schrempf & A. Prinz.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates:
gez.: Geh. Hofrat Dr. Prinz.

Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft
e. G. m. b. H. **Siedenheim.**

Generalversammlung
am **10. Februar 1921, abends 7 Uhr, im Bürger-**
ausschulsaal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Bericht des Aufsichtsrates u. des Vorstandes.
2. Kas-
senbericht u. Bilanz.
3. Änderung der Satzungen §§ 2 u. 32 d. l.
4. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder (es werden aus-
durch das Los: Pfarrer Kunz, Pfarrer Jost, Frau
Kreuzer Ww.).
5. Verschiedenes. J.888

Die Bilanz kann bis zum Tage der Versammlung
bei dem Vorstandsmittglied, Jos. Rheinhardt, einge-
sehen werden. Zur Generalversammlung selbst haben
nur diejenigen Mitglieder Zutritt, die im Besitz eines
Anteilbuchs sind und mindestens den jahunges-
mäßigen Anteil oder einen Teil desselben entrichtet ha-
ben. — Die Bücher sind am Eingang vorzuzeigen.
Der Aufsichtsrat:
J. A.: Karl Neubauer.



SCHLOSSHOTEL KARLSRUHE
AM HAUPTBAMHOF

Vornehmstes Haus am Platze

Täglich
im Weinrestaurant
Café-Musik

Fastnacht-Montag u. -Dienstag:
jeweils von 7 Uhr abends ab

Bunter Abend mit Tanz

unter Mitwirkung erster Kräfte des badiachen
Landestheaters

Souper im Eintritt einbegriffen.
Nur vorausbestellte Tische.